



in der großen Versammlung in Leipzig anwesend und haben Herrn Bierd ein Vertrauensvotum gegeben und folgende Resolution angenommen: „Die von 3 1/2 Tausend Personen, meist Arbeiter von Stadt und Land Leipzig (dem Wahlkreis Bierd's) besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten Bierd einverstanden, verwahrt sich noch ernstlich gegen jene Versuche, die von Seiten mehrerer Personen gemacht wurden, um diesen ihren Vertreter im Reichstage bei dem arbeitenden Volke zu diskreditiren. Die Versammlung hat vielmehr zu ihm ein volles Vertrauen, zu dem Manne, der vor Jahresfrist mit so großer Majorität in den Reichstag gewählt wurde; sie ist ferner überzeugt, daß nur durch den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Arbeiterbeschäftigungsentwurf, vor Allem aber durch die Einführung des Normalarbeitstages, die Lage des arbeitenden Volkes verbessert werden kann.“ Gerade weil Bierd sich so stark für die Einführung des Normalarbeitstages engagirt hatte, war er von Herrn Liebknecht, dem jede Anerkennung unserer heutigen Wirtschaft - Ordnung ein Greuel ist, und der nach Kräften den Werth des Normalarbeitstages für die Arbeiter herabzubringen sucht, weil sonst letztere von dem internationalen revolutionären Treiben abgelenkt werden könnten, in Acht und Bann gethan worden. Die Berliner Arbeiter haben in diesem Streit noch nicht Stellung genommen; aber es ist Thatsache, daß die mehr nationalgefeimten Elemente hier vollkommen die Oberhand haben. Sammlungen für internationale Zwecke (Pariser Wahlen) machen hier immer vollständiges Glaslo. Das hiesige sozialdemokratische Blatt nimmt zum Normalarbeitstag eine Stellung ein, welche sich mit der Bierd'schen vollkommen deckt.

Das „B. L.“ schreibt: Noch immer laufen neue Nachrichten über Verhaftungen von Zahlmeistern ein. So wird aus Frankfurt a. D. gemeldet, daß dort drei Zahlmeister in Haft genommen seien. Ähnliche Meldungen kommen aus Fürstentum und anderen Garnisonstädten. Anlaß zu diesen Maßnahmen soll eine Denunziation gegen ein seither mit Lieferungen betrautes Berliner Geschäftshaus gegeben haben. Wir halten mit den uns darüber zugehenden Mittheilungen zurück, glauben vielmehr, daß eine amtliche Aufklärung über diese Vorgänge an der Zeit wäre.

### Ausland.

Paris, 19. November. Der Ministerrath hat, anstatt dem Verlangen der Radikalen zu entsprechen und die Einberufung des Kongresses zur Wahl des Präsidenten der Republik zu beschleunigen, beschlossen, am Sonnabend die Kreditvorlage für die Expeditionen in Tonkin und in Madagaskar einzubringen, sowie die dringliche Erläuterung dieser Vorlage zu verlangen. Zugleich soll die Erklärung erfolgen, daß dann erst der Zeitpunkt für die Einberufung des Kongresses festgestellt werden könne. Dieser Beschluß des Ministeriums hat natürlich die Gruppen Clémenceau und Rochefort in große Aufregung versetzt, was während der heutigen Kammer Sitzung deutlich sichtbar war. Clémenceau hatte alle Mäße heißsporne wie Rochefort und Laguerre abzuhalten, sofort das Ministerium zu interpelliren. Brisson war übrigens heute abwesend. Die Radikalen betrachten den Beschluß des Ministeriums als eine Kriegserklärung, weshalb sie sofort danach trachten wollen, das Ministerium zu stürzen.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. November. Der einzige Gegenstand der Donnerstags-Sitzung der Stadtverordneten, welcher eine längere Debatte zur Folge hatte, war die Vorlage des Magistrats betreffend den Umtausch einer ca. 12,500 qm großen, an der Uferstraße des Gasanfallkanals nahe einem Wiesenterrain, der Chamottefabrik gehörig, gegen eine gleich große Wiesenterrainfläche von der städtischen am schwarzen Damm neben der Chamottefabrik belegenen Wiese. — Referent über diese Vorlage war Herr H o l b e r g, Korreferent Herr Rechtsanwalt W e r n e r. Die Veranlassung zu dieser Vorlage hat ein Versehen gegeben, welches ein städtischer Beamter beim Entwurf der Zeichnung der Drahtseilbahn von der städtischen Gasanfall nach Succro's Speicher gemacht hat. Die Anlage dieser Drahtseilbahn wurde bekanntlich in der Stadtverordneten-Sitzung vom 26. März d. J. beschlossen und die erforderlichen Kosten in Höhe von 26,000 Mk bewilligt. Bei der Ausführung der Anlage stellte sich heraus, daß die günstigste, auf der Zeichnung angegebene Linie für die Bahn nicht eingehalten werden konnte, da es bei dem Entwurf der Zeichnung übersehen war, daß die Bahn über einen schmalen Streifen des Wiesenterrains der Stettiner Chamottefabrik führte und zwar umfaßt dieser Streifen ein Dreieck von ca. 4 Meter Grundlinie und 65 Meter Länge. Es wurden nun Verhandlungen mit der Direktion der Chamottefabrik wegen Ankaufs dieses Dreiecks angeknüpft, der Verkauf wurde seitens der Direktion jedoch entschieden abgelehnt, dagegen ein Tauschgeschäft vorgeschlagen, wie es die jetzige Vorlage enthält. Die Deconomie-Deputation sprach sich entschieden gegen diesen Tausch aus, da sie das Terrain, welches die Chamottefabrik zum Umtausch anbot, im Verhältnis zu dem von der Stadt geforderten Terrain für minderwertig hält. Die Deconomie-Deputation tagirt, das Wiesenterrain der Chamottefabrik auf 2,50 Mk. pro Q. M., dasjenige der Stadt dagegen auf 5 Mk. pro Q. M.

Die Bau-Deputation, welcher die Angelegenheit gleichfalls zur Prüfung vorlag, erklärte beide Terrains für gleichwerthig, und als die Abgabe einer bestimmten Laxe gefordert wurde, tarirte sie den Werth des städtischen Terrains auf 1,50 Mk., obwohl im Jahre 1873 für gleiche in derselben Gegend liegende Wiesenterrainflächen von der Chamottefabrik bereits 2,50 Mk. pro Q. M. gezahlt worden sind. Die Kommission für die Gasanfall endlich beantragte, dem Umtausch zuzustimmen und diesem Antrage hat sich auch der Magistrat angeschlossen, indem er gleichzeitig bemerkte, daß bei der Sache vorgelommene Versehen eines städtischen Beamten durch Disziplinarstrafe gerügt werden wird. — Am Dienstag ist noch ein Protest des Fuhrherrn Ludwig, Eigenthümer des Grundstückes schwarzer Damm 15, eingegangen, welcher ein Wegerecht auf den in Frage stehenden Streifen geltend macht, welches ihm durch alle Instanzen bestätigt sei. Er hält dies Recht durch Anlage der Drahtseilbahn beeinträchtigt und ruft den Schuß der Versammlung an, zugleich behauptend, daß er „bisher vom Magistrat schonungslos verfolgt“ sei.

Herr H o l b e r g als Referent beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, sich darüber zu äußern, welche Tragweite der Protest des Herrn Ludwig haben könne.

Herr W e r n e r als Korreferent schließt sich diesem Antrage an, indem er hervorhebt, daß es nach dem in Händen des Herrn Ludwig befindlichen Kaufvertrage ohne Zweifel sei, daß demselben ein Wegerecht zustehe. Es frage sich, ob die Drahtseilbahn derartig über die fragliche Parzelle gelegt werden solle, daß das Wegerecht des L. gehindert sei. Ganz abgesehen von dieser technischen Frage stehe jedoch das Tauschgeschäft. Bisher fehle in dem Akten noch jede Aeußerung seitens der Chamottefabrik oder des Herrn Direktor Lenz, daß dieselbe mit dem Tauschgeschäft einverstanden sei. Eine schriftliche Erklärung liege nur darüber vor, daß an eine Abtretung der in Frage stehenden 85 Q. M. großen Parzelle nicht zu denken sei, ohne daß die Stadt einem Tausch zustimmt. Herr W e r n e r hält jedoch den Tausch für jetzt für die Stadt nicht zweckmäßig. Die Chamottefabrik habe ein lebhaftes Interesse daran, das städtische Wiesenterrain zu erwerben, da es das günstigste Terrain zur Verbreiterung der Fabrik sei. In derselben Gegend habe die Chamottefabrik im Jahre 1873 2,50 Mk. pro Q. M. gezahlt und heute habe die Stadt auch keine Gelegenheit, das Terrain zu billig abzugeben. Nachdem Herr W e r n e r noch die von den verschiedenen Deputationen gemachten Laxe kritisiert, beantragt er, das vorgeschlagene Tauschgeschäft auf alle Fälle abzulehnen.

Herr Stadtrath B o d sucht nachzuweisen, daß das städtische Terrain keineswegs für die Chamottefabrik so werthvoll sei, dieselbe könne sich ebenso gut nach der anderen Seite ausdehnen. Seine persönliche Ueberzeugung sei, daß die Tauschvorlage gleichwerthig sind und deshalb bittet er auch, der Magistratevorlage zuzustimmen.

Herr B ä c h t e r spricht sich gegen den Tausch aus, ebenso nochmals Herr W e r n e r, welcher darauf hinweist, daß die Chamottefabrik schon wiederholt die Absicht ausgesprochen hat, das in Frage stehende städtische Wiesenterrain zu erwerben.

Herr Dr. D o h r n tritt dafür ein, daß die Vorlage nochmals an den Magistrat zurückgehen solle, damit sie ergänzt werde.

Herr M e i e r spricht für definitive Ablehnung des Tauschgeschäftes. Das Grundstück, welches die Chamottefabrik zum Tausch offerirt habe, sei für die Fabrik gänzlich werthlos und sei nur aus dem Grunde erworben, um ein Tauschobjekt für die Stadt zu gewinnen. Was den Werth des städtischen Terrains betreffe, so erinnert der Redner daran, daß bei der erfreulichen Entwicklung der Chamottefabrik diese leicht in 5 bis 10 Jahren in eine Nothlage gerathen könne und um sich zu vergrößern, zum Ankauf des städtischen Terrains gezwungen wäre.

Herr R e i c h motivirt eingehend das Gutachten der Deconomie-Deputation, wonach das städtische Terrain einen doppelten Werth habe, als das von der Fabrik offerirte.

Nachdem noch die Herren L i e b und Stadtrath B o d das Wort ergriffen, wird ein Schlußantrag angenommen und bei der Abstimmung mit großer Majorität das Tauschgeschäft definitiv abgelehnt.

Gewählt wurden: zum Vorsitzenden und Waisenrath des 29. Bezirks Herr Kaufmann C. A. F h i e l e, zum Vorsitzenden der 22. Armen-Kommission Herr Hauptlehrer M e d e n w a l d und zum Mitgliede der 18. Armen-Kommission Herr Fuhrherr R e h l s.

Zur Verpachtung der Stättegeld-Erhebung an dem Marktplate an der Böttcherstraße auf 3 Jahre für 1075 Mark pro Jahr an den Auctionateur S i e f e r t wird der Zuschlag erteilt; ferner wird der Zuschlag erteilt zu der Weitervermietung der von der Volkshöhe benutzten Räume im Hause Rosengarten 45 auf 3 Jahre gegen eine jährliche Mietze von 1000 Mk., sodann zur Verpachtung der Baustelle Nr. 34 der Silberwache, zur Verpachtung der Lagerplätze Nr. 1 und 1a an der Parntstraße auf 6 Jahre für 525 Mk. jährliche Pacht und zur Verpachtung einer 73 A. 3 Q. M. großen Ackerfläche an der Uferstraße des Gasanfallkanals auf 3 Jahre für 50 Mark Jahrespacht.

Wie für die Mitglieder der übrigen Ortskrankenkassen wird genehmigt, daß auch für die

Mitglieder der Ortskrankenkasse Nr. 10 und Nr. 22 an Arz- und Besprechungskosten im städtischen Krankenhaus in der 3. Klasse nur ein Tagesatz von 1 Mark pro Person erhoben wird. — Für die Beaufsichtigung der Frauen-Badanstalt während des diesjährigen Sommers wird eine Remuneration von 60 Mark bewilligt.

Die Genehmigung der Vermietung der Plätze Nr. 11—13 an der Parntstraße auf 6 1/2 Jahre gegen 440 Mark Jahresmietze und Uebernahme der Verpflichtung zur festen Einräumung der Plätze erteilt wird.

Für Anlage- bzw. jährliche Unterhaltungskosten für 6 neue Petroleum Laternen in der Saanestraße werden 342 Mark resp. 245 Mark bewilligt. Bei dieser Gelegenheit montirt Herr P e t e r m a n n den schlechten Brand der Petroleum-Laternen, dieselben verlästert jetzt gewöhnlich schon gegen 11 Uhr und hätten nicht die geringste Leuchtkraft. Der Grund sei eine darin zu liegen, daß der Magistrat die Unterhaltung der Petroleumlampen an einen anderen Unternehmer zu billigeren Preisen vergeben habe.

Bis zum Ende des Jahres 1884 wurde für die hiesige katholische Schule ein Staatszuschuß von 240 Mark pro Jahr bewilligt; nachdem der Magistrat um Weiterbewilligung dieses Zuschusses ersucht, ist derselbe durch Reskript des Herrn Ministers abgelehnt worden und besonders darauf hingewiesen, daß eine Weiterbewilligung nicht nöthig erscheine, da die katholische Kirchengemeinde weder Kirchensteuer, noch Schulbeiträge erhebe. — Herr B o h m, welcher über diese Mittheilung referirt, giebt einen längeren Rückblick über die Entstehung dieser Zuschüsse und da er das Reskript des Herrn Ministers nicht für genügend motivirt hält, die vorliegenden Akten auch nichts Näheres ergeben, beantragt der Herr Referent, die Sache nach Kenntnisaufnahme an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückzugeben: 1) aus der Entscheidung der Zuschüsse nachzuforschen, ob der Stadtkommune als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen hiesigen katholischen Schulgemeinde ein klagbares Recht auf die Zuschüsse zusteht; 2) vernetwendenden Falls zu erwägen, ob die vom Herrn Minister angeführten Gründe der Veragung eines Theils der Zuschüsse zutreffend sind um die Veragung rechtfertigen, und geeigneten Falls gegen die Veragung bei dem Herrn Minister vorstellig zu werden.

Nach einer kurzen Debatte wurde dieser Antrag angenommen.

Wiederholt sind schon bei der königlichen Polizei-Behörde Beschwerden über die sanitären Uebelstände, welche auf dem Hofe des Subsehauses, Bollwerk 12—13, herrschen, eingegangen und hat die königliche Polizei-Direktion den Magistrat neuerdings wiederum aufgefordert, den Uebelständen abzuhefen. Der Magistrat schlägt nun vor, den Hof und das Privatgebäude in dem genannten Hause umzubauen. Die Versammlung erklärt sich gleichfalls damit einverstanden, falls die nach dem Hofe mündenden Nachbar Grundstücke eigene Schlammsänge anlegen müssen. Die Kosten in Höhe von 1550 Mark werden bewilligt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung waren ohne besonderes Interesse und wurden der Vorlage gemäß erledigt.

Es giebt leider noch sehr viele Ehemänner, welche bei den geringsten Streitigkeiten mit ihren Frauen von dem Rechte des Stärkeren Gebrauch machen und oft in rohester Weise auf die Frauen einschlagen. Solche Männer sind meist der Ansicht, daß sie als „Herrn der Schöpfung“ berechtigt sind, die ihnen angetrauten Frauen bei irgend einem thatsächlichen oder vermeintlichen Versehen oder Vergehen züchtigen zu können, sie befinden sich damit jedoch in starkem Irrthum. Nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Strafsenat, vom 18. September d. J., kennt das preussische Recht ein Züchtigungsrecht des Ehemannes gegen seine Ehegattin nicht; Körper-Verletzungen unter Ehegatten sind daher nach den allgemeinen Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches auch während der Ehe zu bestrafen.

Zur Feier des Todtenfestes werden morgen, Sonntag, sowohl in der Jakobi- wie in der Johannis-Kirche geistliche Konzerte stattfinden. In der Jakobi-Kirche haben Herr Paul W i l d, der Degel-Virtuos Herr T a g g a h, sowie Mitglieder des Stettiner Musikvereins ihre Mitwirkung zugesagt. Der Ertrag des Konzertes ist zum Besten der hiesigen Handels- und Gewerbeschule für Frauen und Töchter bestimmt. — In der Johannis-Kirche werden neben dem Kirchenchor, unter Leitung des Herrn Robert L e h m a n n, die Konzertsängerin Fräulein W o l b e r m i n, Herr R u s t (Orgel), sowie Schüler und Schülerinnen der Frau S c h r ö b e r - C h a l o u p a mitwirken. Der Ertrag dieses Konzertes ist zu Chorwecken bestimmt.

Seitens der Bezirksregierungen ist jetzt angeordnet worden, daß die Polizeibehörden bei sämmtlichen Petroleumhändlern zweimal im Jahre, bei sämmtlichen Detailveräußerern von Petroleum alle zwei Jahre und, falls es angezeigt ist, noch öfter Proben des feilgehaltenen Petroleums entnehmen und deren Untersuchung mittelst des Abel'schen Petroleum-Probers veranlassen, sofern diese Händler resp. Detailhändler nicht glaubhaft nachweisen, daß sie in dem betreffenden Zeitraum eine solche Untersuchung selbst veranlaßt haben, welche in ihrem eigenen Interesse liegt, um der etwaigen Bestrafung auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 24. Februar 1882 wegen Verkaufts von feuergefährlichem Petroleum und § 8 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 zu entgehen.

Der Rechtsanwalt S c h a d e in Anklam ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Anklam, ernannt worden.

Am morgigen Sonntag ist ein Jahr seit dem Brande des Thalia-Theaters in der Birkenallee vergangen und noch immer vorunziert die Brambrüne jene Gegend, ein aus den verschleuderten, theilweise angebrannten Brettern hergestellter Zaun erhöht noch den unschönen Anblick, welchen das große Grundstück jetzt bietet. Bekanntlich ist von den städtischen Behörden die Verlängerung der Löwestraße beschlossen und deshalb erhielt Herr Direktor Reeg keine Erlaubniß, das abgebrannte Theater an jener Stelle wieder aufzuführen und mußte, da er in Stettin keinen Platz fand, bekanntlich ein neues Theatergebäude auf Grabower Terrain bauen. In Folge der Durchführung der Löwestraße über das Grundstück ist dasselbe in zwei Hälften getheilt und hat dadurch wesentlich an Werth verloren und hoffte Herr Reeg, daß die Stadt die Verpflichtung hätte, das durch die Straßendurchlegung für ihn werthlose Grundstück anzukaufen; diese Hoffnung hat sich jedoch bisher nicht erfüllt und soll, wie wir hören, nun das Grundstück als Lagerplatz an ein Holz- und Kohlegeschäft vermiethet werden. Man wird also in Grünhof, dem schönsten Stadttheil, demnachst denselben Anblick genossen können, als auf dem Platz zwischen Rathhaus und Post.

### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Rigoletto.“ Große Oper in 4 Akten. Sonntag: Bellevue-Theater: „Dorf und Stadt.“

Abelina Patti und Nicolini werden sich erst nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist, welche nach erfolgter Scheidung der verheirateten Geseunden in Frankreich vorgeschrieben ist, vermählen. Die Trauung wird im Monat Juni des nächsten Jahres in England zu Craigmos, der Bestimmung der Patti, stattfinden.

### Bermischte Nachrichten.

S o t e n b e r g, 15. November. Gestern geriethen hier zufällig mehrere Telephondrähte mit Leitungsdrahten für elektrische Beleuchtung in Berührung. Nach kurzer Zeit schwohen auf dem Haupttelephonante die Leitungsdrahten, das Holzwerk in der Nähe begann zu brennen, die Elektromagneten wurden glühend und das ganze Zimmer war in dichten Rauch gehüllt, bis endlich die elektrische Beleuchtung abgestellt wurde. Mehrere Personen, welche gerade zu dieser Zeit die Fernsprecheinrichtung benutzten, prallten, von heftigen Schlägen getroffen, entsetzt zurück.

In einem böhmischen Kurorte stellt der Badekommissar vor: „Erlauben die Damen, daß ich Sie mit einander bekannt mache: Frau E. aus Wien, Oberleutnantstgattin — Frau Y aus Brünn, Fabrikbesitzerstgattin — Frau Z aus Eger, Rentnerstgattin — Frau v. L aus Berlin“... (Kodi). Frau v. L. (infallend): „Auberklub-Ehrenmitgliedstgattin!“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

### Telegraphische Depeschen.

L i f f t, 20. November. Die Schiffbrücke ist wegen drohenden Eisganges abgesehen.

W i e n, 21. November. Die Generaldirektion der österreichischen Staatsbahnen hat, wie die „Presse“ meldet, das Reglement der Vereinskarten des Vereines deutscher Eisenbahnen gelündigt.

W i e n, 20. November. Die Nachricht der „Times“ über ein Separatabkommen zwischen der Türkei und Serbien bezüglich des künftigen Friedensschlusses wird von hiesigen gut unterrichteten Kreisen entschieden in Abrede gestellt; solche Aeußerungen vielmehr an, daß es sich etwaigen serbischen Ansprüchen gegenüber bei einem Friedensschlusse um die Zustimmung der Signatarmächte des Berliner Vertrages handelt.

T r i e s t, 19. November. Der Lloyd-Dampfer „Austria“ ist heute Abend aus Konstantinopel hier eingetroffen.

S o f i a, 19. November. Der Kampf um Sitvonia wurde gestern Morgen um 7 Uhr wieder aufgenommen. Der rechte Flügel der Bulgaren griff die Feinde, welche sich auf drei Anhöhen festgesetzt hatten, an und vertrieb sie von da nach einem mörderischen Kampfe. Zugleich eröffnete das Centrum der Bulgaren, welches die Verstärkungen bei Sitvonia befehligt, ein heftiges Feuer gegen die Serben, welche in der Ebene standen. Als bald gingen zwei Bataillone und zwei Batterien von Sitvonia vor und vereinigten ihren Angriff mit dem des rechten Flügels. Die Serben leisteten anfangs muthig Widerstand, mußten aber gegen Mittag zurückgehen und wandten sich gegen den linken Flügel der Bulgaren, wobei es ihnen durch die inzwischen eingetroffenen Verstärkungen gelang, den Angriff derselben zum Stehen zu bringen. Die Verluste auf beiden Seiten sind beträchtlich. Die Bulgaren machten 300 Gefangene.

S o f i a, 19. November. Die Serben griffen heute Vormittag den rechten Flügel der Bulgaren an, wurden aber zurückgeworfen und machten sodann wiederholt vergeblich Angriffe auf das Centrum und den linken Flügel. Der Einbruch der Dunkelheit machte dem Kampf ein Ende.

S o f i a, 20. November. Von den Deutschen in Sofia werden hier Lazarethe errichtet und werden für dieselben Mittel erfordert, zu deren Aufbringung man sich durch Aufrufe an die deutsche Wohlthätigkeit wenden will.